

DER LANDTAG SCHLESWIG - HOLSTEIN

61/2002

Kiel, 13. Mai 2002

Vorschau auf die 23. Tagung des Landtages (15. bis 17. Mai 2002): Am Donnerstag steht die Bildungspolitik im Mittelpunkt

Kiel (SHL) – *Bis Freitag Mittag soll sie dauern; 23 Tagesordnungspunkte sind mit Diskussion vorgesehen, 21 werden ohne Aussprache beschlossen: so sieht das Programm für die 23. Tagung des Landtages es vor.*

Am **Mittwoch**, 15. Mai 2002, geht es ab 10:00 Uhr erst einmal um die Sparkassen: In Erster Lesung beraten die Abgeordneten über den Regierungsentwurf zur **Änderung des Sparkassengesetzes** für Schleswig-Holstein (Drs. 15/1768). Der Gesetzentwurf sieht vor, dass die Gewährträgerhaftung und die Anstaltslast ab dem 19. Juli 2005 abgeschafft werden. Zudem sollen gesetzliche Grundlagen dafür geschaffen werden, um Veränderungen bei der Anteilseignerstruktur der Landesbank zu schaffen. Damit folgt das Land einer Verständigung zwischen der EU-Kommission und der Bundesregierung vom 17. Juli 2001.

Nächstes Thema sind die **Chancen der UMTS (Universal Mobile Telecommunications System) -Technologie für Schleswig-Holstein**, über die die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion berichtet (Drs. 15/1823). Darin misst die Landesregierung „der dritten Mobilfunkgeneration UMTS eine große technologiepolitische und wirtschaftspolitische Bedeutung“ für Schleswig-Holstein bei.

Um **Bürgerbegehren und Bürgerentscheide** ging es in einer Großen Anfrage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vom Februar diesen Jahres. Die Antwort der Landesregierung darauf (Drs. 15/1836) wird nunmehr im Landtag debattiert. In Schleswig-Holstein gibt es seit 1990

auf kommunaler Ebene die Möglichkeit, ein Bürgerbegehren einzureichen. Zu einem Bürgerentscheid kam es in 100 Fällen, wobei in 14 Fällen die Gemeindevertretung die Initiative dazu ergriffen hatte.

Die Ablehnung des **Tariftreuegesetzes** im Bundesrat fordert die FDP-Fraktion von der Landesregierung in einem Antrag (Drs. 15/1814), der anschließend beraten wird. Dieses Gesetz schwäche den Wirtschaftsstandort Schleswig-Holstein, begründet die FDP ihre Initiative.

Die Verschärfung der Kreditkonditionen aufgrund der Vorschriften von **Basel II** (Eigenkapitalvereinbarung, beschlossen durch den Baseler Ausschuss für Bankenaufsicht) ab dem Jahr 2005 sind Thema der darauffolgenden Debatte. Grundlage sind die Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/1843) zu einem Bericht der Landesregierung (Drs. 15/1177) aus dem Oktober letzten Jahres sowie ein Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1833). In beiden Papieren wird die Landesregierung aufgefordert, die befürchteten negativen Auswirkungen von Basel II auf die kleinen und mittleren Unternehmen im Lande abzufedern.

Am Nachmittag geht es weiter mit einem **Entschließungsantrag** der CDU-Fraktion, in dem sie eine **Schleswig-Holsteinische Offensive für Familien** fordert (Drs. 15/1814)1857). Darin wird die Landesregierung unter anderem aufgefordert, sich über den Bundesrat für die Einführung eines Familiengeldes einzusetzen, das pro Kind in den ersten drei Lebensjahren monatlich 600 Euro, danach 300 Euro betragen soll. Zudem soll stufenweise ein Landeserziehungsgeld eingeführt werden. Auch die Betreuungsangebote für Kinder sollen weiter ausgebaut werden.

Nächstes Thema ist die **Wasserwirtschaft**: Zum einen berichtet die Landesregierung auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1645) über die **Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie in Schleswig-Holstein** (Drs. 15/1829). Die Umsetzung der europäischen Richtlinie kostet das Land in den kommenden 15 Jahren jährlich etwa 46 Millionen Euro, die aus Mitteln der Oberflächenwasser- und Grundwasserentnahmeabgabe sowie der Abwasserabgabe finanziert werden sollen.

Zum anderen haben die Regierungsfractionen einen Antrag zur **Nachhaltigen Wasserwirtschaft** vorgelegt (Drs. 15/1821), in dem sie sich gegen eine weitere Liberalisierung des Wasserwirtschaftsmarktes aussprechen.

Dann geht es im Landtag um die **Durchführung des Freiwilligen Ökologischen Jahres (FÖJ) in Schleswig-Holstein**. Die Regierungsfractionen bitten die Landesregierung, in der laufenden Tagung unter an-

derem über die geplanten Änderungen des FÖJ-Förderungsgesetzes auf Bundesebene und mögliche Auswirkungen auf Schleswig-Holstein zu berichten.

Anschließend berät der Landtag über einen Bericht der Landesregierung zur **Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus** (Drs. 15/1793), den SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN im vergangenen Jahr erbeten hatten (Drs. 15/1306). Darin berichtet die Landesregierung über alle Aktivitäten in ihrem Verantwortungsbereich und die von ihr inhaltlich oder finanzielle unterstützten Aktivitäten. Beiträge dazu haben neben der Staatskanzlei fünf Ressorts geliefert.

Letzter Punkt des ersten Sitzungstages ist die Erste Lesung eines **Gesetzes zur Neuregelung des Disziplinarrechtes** (Drs. 15/1767), das wiederum die Landesregierung vorgelegt hat. Damit soll das seit über dreißig Jahren geltende Disziplinarrecht grundlegend reformiert werden. Ziel ist es, das Gesetz übersichtlicher zu gestalten und die Verfahrensdauer zu verkürzen. Dazu gehört die Senkung der Zahl der Paragraphen von 109 auf 50. Zudem soll eine „Zentrale Disziplinarbehörde“ im Innenministerium geschaffen werden.

Am **Donnerstag, 16. Mai 2002**, geht zunächst es in Erster Lesung um das **Gesetz zur Errichtung des Universitätsklinikums Schleswig-Holstein**, das die Landesregierung vorgelegt hat (Drs. 15/1839). Ziel des Gesetzes ist es, die Universitätsklinik in Lübeck und Kiel zu einem Klinikum zusammen zu führen. Dazu werden ein Vorstand und ein Aufsichtsrat gebildet. An beiden Standorten bleiben die Medizinischen Fakultäten erhalten und bieten weiterhin ein Vollstudium der Medizin an. Danach befasst sich der Landtag mit der **Gewinnung von Lehrkräften**. Hierzu hat die Landesregierung auf Initiative der CDU-Fraktion (Drs. 15/1596) einen Bericht vorgelegt (15/1728). Darin kommt die Landesregierung zu dem Schluss, dass die verschiedenen Maßnahmen und die steigende Zahl der Neueinschreibung von Studierenden für das Lehramt erwarten lassen, dass der Lehrkräftebedarf „weitgehend gedeckt werden kann“.

Zur Verbesserung der Situation an den Beruflichen Schulen fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/1798) zudem, dass die Landesregierung **Anwärtersonderzuschläge** zahlen soll.

Danach diskutiert der Landtag auf Antrag von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN über **Maßnahmen zur Qualitätssicherung an den**

Schulen (Drs. 15/1820). Die Regierung soll dazu dem Landtag mündlich Bericht erstatten.

Nach der Mittagspause geht es dann um die **Entwicklung und Perspektiven der Gesamtschulen**, über die die Landesregierung auf Initiative von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN berichtet (Drs. 15/1660). In Schleswig-Holstein gibt es 23 Gesamtschulen, von denen 21 voll ausgebaut sind. Davon haben 19 Schulen eine gymnasiale Oberstufe. 8% der schleswig-holsteinischen Schülerinnen und Schüler besuchen eine Gesamtschule.

Über die **Weiterentwicklung der Kulturpolitik** berichtet die Landesregierung danach ebenfalls dem Landtag (Drs. 15/1712). Darin verweist das Kultusministerium unter anderem auf die seit Mitte 2000 eingesetzte Arbeitsgruppe zur „Evaluation der Kulturförderung“, die zu Beginn des Jahres 2003 ihren Abschlussbericht vorlegen werde.

Nächstes Thema ist die **Weiterentwicklung des IPTS** (Institut für Praxis und Theorie der Schule). Auf Antrag der CDU-Fraktion (Drs. 15/1716 neu) berichtet die Landesregierung (Drs. 15/1837) über die Neugestaltung der Lehreraus- und Fortbildung. Ein Bestandteil ist die Umwandlung des IPTS in ein „Institut für Qualitätsentwicklung an Schulen in Schleswig-Holstein (IQSH)“, dessen Leitungsstelle noch in diesem Jahr besetzt werden soll.

Ein weiterer Bericht der Landesregierung befasst sich mit der **Entwicklungszusammenarbeit und interkulturellen Verständigung** (Drs. 15/1802). Auf Antrag der Regierungsfractionen berichtet die Landesregierung darin über Grundsätze und Maßnahmen ihrer Eine-Welt-Politik. Das zuständige Ministerium für Umwelt, Natur und Forsten erarbeitet demnach zur Zeit eine entwicklungspolitische Konzeption des Landes.

Auf die Initiative des SSW im Landtag (Drs. 15/1542) geht der Bericht der Landesregierung zur **Beteiligung von Kindern und Jugendlichen** zurück (Drs. 15/1817). Darin berichtet die Landesregierung unter anderem über die Umsetzung des Beteiligungsgebotes nach § 47 f der Gemeindeordnung Schleswig-Holstein. Demnach sind die Kommunen verpflichtet, Kinder und Jugendliche an allen sie betreffenden Fragen kommunaler Fragen zu beteiligen.

Die **Ergebnisse des Europäischen Rates in Barcelona** am 15./16. März 2002 sind das letzte Beratungsthema des zweiten Sitzungstages.

Hierzu fordert die CDU-Fraktion in einem Antrag (Drs. 15/1856) einen mündlichen Bericht der Landesregierung.

Am **Freitag, 17. Mai 2002**, berät der Landtag zu Beginn über den **Wirtschaftsbericht 2002** (Drs. 15/1847), den die Landesregierung vorgelegt hat. Darin berichtet das Wirtschaftsministerium über die wirtschaftliche Entwicklung des Landes im vergangenen Jahr. Darüber hinaus enthält der Bericht einen Spezialteil zur Wirtschaftsförderung für Unternehmen.

Anschließend geht es auf Antrag der CDU-Fraktion um die **Außenwirtschaftspolitik** des Landes. Der Bericht der Landesregierung enthält Daten zur Exportwirtschaft des Landes seit 1990 sowie Eckpunkte der neuen Außenwirtschaftskonzeption des Landes.

Keine Umsatzsteuer auf apothekenpflichtige Arzneimittelspezialitäten will die FDP-Fraktion zulassen. In ihrem Antrag zur **Änderung des Umsatzsteuergesetzes (UStG)** fordert sie die Landesregierung auf, eine entsprechende Bundesratsinitiative einzubringen (Drs. 15/1824).

Zum Schluss der 23. Tagung geht es um den Rohstoff **Kies**: Auf Antrag der FDP-Fraktion (Drs. 15/1250) berichtet die Landesregierung über die **Sicherung der Versorgung der schleswig-holsteinischen Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies** (Drs. 15/1826). Laut Bericht wurde Ende der neunziger Jahre Kiessand in 170 genehmigten Gewinnungsstätten in Schleswig-Holstein abgebaut. Das ergab eine Produktionsmenge von gut 15 Millionen Tonnen Kies. Die Versorgung der Bauwirtschaft mit Kies in den kommenden Jahrzehnten sei voraussichtlich sichergestellt. Allerdings räumt die Landesregierung ein, dass das dieser Tendenzaussage zugrunde liegende statistische Material lückenhaft sei.

Zu den folgenden Tagesordnungspunkten sind eine Aussprache sowie feste Zeiten des Aufrufs nicht vorgesehen; die angemeldeten Redezeiten gelten für die Berichterstatterinnen oder die Berichterstatter der Ausschüsse:

TOP		Berichterstattung
2	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes (Drs. 15/1808)	5
3	Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften (Drs. 15/1809)	5
5	Errichtung des Instituts für medizinische Prüfungsfragen (Drs. 15/1851)	5

8	Änderung der Verfassung und des Landeswahlgesetzes (Drs. 15/1786)	-
9	Änderung des Kommunalabgabengesetzes (Drs. 15/1834)	-
11	Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers (Drs. 15/1849)	-
15	Fest Fehmarn-Belt-Querung (Drs. 15/1799 neu)	-
16	Luftverkehrskonzept (Drs. 15/1801)	-
18	Vollzug der Gefahrhundeverordnung (Drs. 15/1815)	-
23	Forschung mit adulten Stammzellen (Drs. 15/1832)	-
25	Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik (Drs. 15/1835)	-
34	Autobahnbenutzungs- und Mautgebühren (Drs. 15/1737)	5
39	Genehmigung von Offshore-Windparks (Drs. 15/1811)	5
46	Bericht des Stiftungsrates Schloss Gottorf (Drs. 15/1830)	5
47	Entlastung der Lehrerkollegien (Drs. 15/1831)	5
50	Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau (Drs. 15/1841)	5
51	Bericht zum Ausbau des Flughafens Kiel-Holtenau (Drs. 15/1842)	5
53	„Regionalprogramm 2000“ (Drs. 15/1844)	5
54	SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen (Drs. 15/1845)	5
57	Tätigkeit des Eingabenausschusses (Drs. 15/1850)	5
58	Förderung des Sports (Drs. 15/1852)	5

Ablauf und Beratungszeiten der 23. Tagung

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
1	Aktuelle Stunde								90
	Zweite Lesungen								
2	Änderung des Gemeinde- und Kreiswahlgesetzes (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
3	Änderung rundfunkrechtlicher Vorschriften (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
4	Änderung des kommunalen Verfassungsrechts (CDU sowie SSW)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
5	Abkommen über die Errichtung des Instituts für medizinische Prüfungsfragen (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
	Erste Lesungen								
6	Gesetz zur Neuregelung des Disziplinarrechts (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
7	Gesetz zur Änderung des Spar- kassengesetzes (Reg.) - Mittwoch 10:00 Uhr -	-	10	10	10	10	10	10	60
8	Gesetz zur Änderung der Ver- fassung und des Landeswahlge- setzes (Interfraktionell)	- ohne Aussprache -							
9	Änderung des Kommunalabga- bengesetzes (FDP)	- ohne Aussprache -							
10	Gesetz zur Errichtung des Uni- versitätsklinikums und zur Ände- rung des Hochschulgesetzes (Reg.)- Donnerstag 10:00 Uhr	-	10	10	10	10	10	10	60
11	Staatsvertrag über die Regelung der Gerichtszugehörigkeit des Küstengewässers (Reg.)	- ohne Aussprache -							
Große Anfragen									
12	Bürgerbegehren und Bürgerent- scheidung (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	10	5	5	35
13	Wettbewerb in der Stromwirt- schaft (CDU)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
Anträge									
14	Anwärtersonderzuschläge für Lehramtsanwärter und Lehramt- sanwärterinnen an Beruflichen Schulen (CDU) - mit TOP 33 nach TOP 10 -	-	10	10	10	10	10	10	60
15	Planungen für eine feste Feh- marn-Belt-Querung (CDU)	- ohne Aussprache -							
16	Luftverkehrskonzept für Schles- wig-Holstein (CDU)	- ohne Aussprache -							
17	Tariftreuegesetz ablehnen (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
18	Vollzug der Gefahrhundeverord- nung (FDP)	- ohne Aussprache -							
19	Durchführung des Freiwilligen ökologischen Jahres (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	-	5	5	5	5	5	5	30
20	Qualitätssicherung an den Schulen (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - nach TOP 14 -	-	10	10	10	10	10	10	60

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
21	Nachhaltige Wasserwirtschaft (SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) - mit TOP 45 -	-	5	5	5	5	5	5	30
22	Änderung des Umsatzsteuergesetzes (FDP)	-	5	5	5	5	5	5	30
23	Forschung mit adulten Stammzellen (CDU)	- ohne Aussprache -							
24	Auswirkungen von Basel II auf den Mittelstand (CDU) - mit TOP 52 -	5	5	5	5	5	5	5	35
25	Unterrichtsversorgung und Lehrerbildung im Fach Musik (FDP)	- ohne Aussprache -							
26	Ergebnisse des Europäischen Rates in Barcelona (CDU)	-	5	5	5	5	5	10	35
27	Schleswig-Holsteinische Offensive für Familien (CDU) - Mittwoch 15:00 Uhr -	-	5	10	5	5	5	5	35
28	Repowering von Windenergieanlagen (CDU)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
29	Stromeinspeisung aus Windenergie (CDU)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
	Berichte								
30	Entwicklung der Gesamtschulen (Reg.) - nach TOP 20 -	-	5	5	5	5	5	5	30
31	Tätigkeitsbericht 2002 des Unabhängigen Landeszentrum für den Datenschutz	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
32	Bericht zur Weiterentwicklung der Kulturpolitik (Reg.) - nach TOP 30 -	-	5	5	5	5	5	5	30
33	Bericht über die Gewinnung von Lehrkräften (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
34	Autobahnbenutzungs- und Mautgebühren (CDU sowie FDP)	5	- ohne Aussprache -						5
35	Tätigkeitsbericht 2001 der Bürgerbeauftragten	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
36	Verfassungsschutzbericht 2001 (Reg.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							

TOP		Be- richt	SPD	CDU	FDP	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	SSW	Reg	zus.
37	Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit und des Rechtsextremismus (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
38	Entwicklungszusammenarbeit und interkulturelle Verständigung (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
39	Genehmigung von Offshore-Windparks (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5
40	Bericht zur Beteiligung von Kindern und Jugendlichen (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
41	Umsetzung der Modulation in der Landwirtschaft (Reg.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
42	Chancen der UMTS-Technologie (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
43	Versorgung der Bauwirtschaft mit dem Rohstoff Kies (Reg.)	-	5	5	5	5	5	5	30
44	Außenwirtschaftspolitik (Reg.) - nach TOP 56 -	-	5	5	5	5	5	5	30
45	Umsetzung der EU-Wasser- rahmenrichtlinie (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
46	Bericht des Stiftungsrates über die Stiftung Schloss Gottorf (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
47	Entlastung der Lehrerkollegien im Bereich außerunterrichtlicher Aufgaben (FDP)	5	- ohne Aussprache -						5
48	Weiterentwicklung des IPTS (Reg.) - nach TOP 32 -	-	5	5	5	5	5	5	30
49	Energiepolitik und Klimaschutz (Reg.)	- Absetzung von der TO vorgesehen -							
50	Ausbau des Flughafens Kiel- Holtenau (FDP)	5	- ohne Aussprache -						5
51	Bericht zum Ausbau des Flug- hafens Kiel-Holtenau (Reg.)	5	- ohne Aussprache -						5
52	Auswirkungen von Basel II (Reg.)	-	-	-	-	-	-	-	-
53	„Regionalprogramm 2000“ (SSW)	5	- ohne Aussprache -						5
54	SPNV-/ÖPNV-Maßnahmen zur Minderung des Individualver- kehrs (CDU)	5	- ohne Aussprache -						5

Reihenfolge der Beratung der 23. Tagung

Hinweis:

Soweit einzelne Tagesordnungspunkte durch Fettung hervorgehoben sind, ist der **Beginn der Beratung zeitlich festgelegt**.

TOP		ange- meldete Redezeit	Voraussichtl. Beginn der Beratung
Mittwoch, 15. Mai 2002			
7	Gesetz zur Änderung des Sparkassengesetzes	60	10:00
42	Chancen der UMTS-Technologie	30	11:00
12	Bürgerbegehren und Bürgerentscheide	35	11:30
17	Tariftreuegesetz ablehnen	30	12:05
24 u.52	Auswirkungen von Basel II	35	12:35
27	Offensive für Familien	35	15:00
21 u.45	Nachhaltige Wasserwirtschaft und Umsetzung der EU-Wasserrahmenrichtlinie	30	15:35
19	Freiwilliges ökologisches Jahr	30	16:05
37	Bekämpfung der Fremdenfeindlichkeit	30	16:34
6	Neuregelung des Disziplinarrechts	30	17:05
Donnerstag, 16. Mai 2002			
10	Gesetz zur Errichtung des Universitätsklinikums	60	10:00
14 u.33	Anwärtersonderzuschläge und Gewinnung von Lehrkräften	60	11:00
20	Qualitätssicherung an den Schulen	60	12:00
30	Entwicklung der Gesamtschulen	30	15:00
32	Weiterentwicklung der Kulturpolitik	30	15:30
48	Weiterentwicklung des IPTS	30	16:00
38	Entwicklungszusammenarbeit	30	16:30
40	Beteiligung von Kindern und Jugendlichen	30	17:00
26	Ergebnisse des Europäischen Rates in Barcelona	35	17:30
Freitag, 17. Mai 2002			
56	Wirtschaftsbericht 2002	60	10:00
44	Außenwirtschaftspolitik	30	11:00
22	Änderung des Umsatzsteuergesetzes	30	11:30
43	Versorgung der Bauwirtschaft mit Kies	30	12:00

Herausgeber: Pressestelle des Schleswig-Holsteinischen Landtages, Düsternbrooker Weg 70, 24105 Kiel,
Postf. 7121, 24171 Kiel, Tel.: (0431) 988- Durchwahl -1163, -1121, -1120, -1117, -1116, Fax: (0431) 988-1119
V.i.S.d.P.: Dr. Joachim Köhler, Annette Wiese-Krukowska, E-Mail: Joachim.Koehler@landtag.ltsh.de
Internet: www.sh-landtag.de – Presseinformationen per E-Mail abonnieren unter www.parlanet.de/presseticker